

Belgien Monatelanger Koalitionspoker nach dem Wahltag zu erwarten

Neuwahlen wegen Sprachenstreit

Ein Jahr früher als geplant werden die Belgier morgen Sonntag an die Wahlurnen gerufen. Die Koalition Letermes ist über dem Konflikt zwischen Flamen und Wallonen zerbrochen.

Dieter Ebeling (DPA)

Der Konflikt zwischen den niederländisch sprechenden Flamen und den französisch sprechenden Wallonen – als «Sprachenstreit» griffig, aber unzureichend beschrieben – könnte nach der Wahl vom 13. Juni noch schwieriger zu lösen sein als zuvor. Die vorgezogene Wahl ist ein weiterer Versuch, ein dauerhaftes Zusammenleben von 6 Millionen Flamen und 4 Millionen Wallonen in dem erst 180 Jahre jungen Staat zu organisieren.

Premierminister Yves Leterme – ein Flame – hatte nach der Wahl 2007 ge-

schlagene neun Monate gebraucht, bis er eine Fünf-Parteien-Koalition von Christdemokraten und Liberalen beider Landesteile sowie den wallonischen Sozialisten zustande brachte. Im Dezember 2008 trat er zurück, wurde aber im November 2009 erneut Regierungschef. Im April 2010 scheiterte diese Regierung am Sprachenstreit, seither versieht er im Auftrag von König Albert II. lediglich die Geschäfte – bis auf Weiteres.

Monatelanger Koalitionspoker

Alles deutet darauf hin, dass der von wohlmeinenden Kommentatoren als «glücklos» bezeichnete Leterme nach den Wahlen noch eine ganze Weile geschäftsführend im Amt bleiben wird. Da Belgien im zweiten Halbjahr die turnusmässige EU-Ratspräsidentschaft führt, könnte es auch die EU mangels «richtiger» Regierung sechs Monate lang mit Letermes Restmannschaft zu tun bekommen. Denn ein monatelanger Koalitionspoker droht.

In Flandern können Umfragen zufolge die separatistischen Kräfte der N-VA (Neuen Flämischen Allianz), die bisher



Yves Leterme.

von Letermes flämischen Christdemokraten (CD+V) gebremst wurden, zur stärksten politischen Kraft im niederländisch-sprachigen Belgien werden. Die Christdemokraten drohen zur Nummer zwei zu werden.

Knackpunkt Sprachenregelung

Dann würde alles erst richtig schwierig. Die Bildung einer belgischen Regierung ist nicht nur ein kompliziertes politisches Farbenspiel – eine Koalition muss auch die beiden grossen Sprachgruppen einschliessen. Und die Koalition muss sich über die Grundzüge einer Staatsreform einig sein. Zentrales Thema der Reform wird die Sprachenre-

gelung im Umland der Hauptstadt Brüssel sein. Flämische Nationalisten wollen die zu Flandern gehörenden Umlandgemeinden, in denen viele Französischsprachige wohnen und dort einen sprachlichen Sonderstatus haben, nicht länger politisch mit dem frankophonen Brüssel teilen.

Angesichts des Widerstandes der Wallonen – die frankophone Christdemokratin Joëlle Milquet fordert gar einen «Korridor» zwischen der Wallonie und der von Flandern umschlossenen Sprachinsel Brüssel – drohen die flämischen Hardliner mit dem Abfall von Belgien und der Gründung eines unabhängigen Staates.

Von der künftigen Regierung wird wieder einmal die Quadratur des Kreises verlangt, die selbst im kompromissgestählten Belgien selten gelingt. Yves Leterme wird, wenn es irgendwann eine Regierung gibt, der flämischen Christdemokratin Marianne Thyssen den Vortritt lassen. Wirklich wichtig aber wird das Abschneiden der flämischen Scharfmacher von Bart De Wever sowie des rechtsextremen Vlaams Belang sein.

Niederlande

Koalition mit Wilders?

Die Rechtsliberalen prüfen nach ihrem knappen Wahlsieg die Möglichkeit einer Koalition mit der islamfeindlichen Partei von Geert Wilders.

Eine Regierungszusammenarbeit mit Wilders' Partei für die Freiheit (PVV) solle «intensiv» geprüft werden, sagte Wahlsieger Mark Rutte von der rechtsliberalen Volkspartei für Freiheit und Demokratie (VVD) am Freitag in Den Haag nach einem Gespräch mit Staatsoberhaupt Königin Beatrix.

Wilders bestätigte seinerseits nach einer Begegnung mit der Königin die Absicht zu Koalitionsgesprächen mit den Rechtsliberalen. Seine Partei und die von Rutte seien die klaren Gewinner der Parlamentswahlen und müssten daher als erste miteinander über eine Regierung sprechen, erklärte Wilders. Rutte bekräftigte, dass seine Partei gegenüber den Sozialdemokraten grosse Vorbehalte habe.

Die Rechtsliberalen hatten die Parlamentswahlen am Mittwoch mit dem denkbar knappsten Vorsprung von einem Mandat vor der sozialdemokratischen Partei der Arbeit (PvdA) mit dem Spitzenkandidaten Job Cohen gewonnen, die auf 30 der insgesamt 150 Parlamentssitze kam.

Die PVV des 46-jährige Islamgegner Wilders, die unter anderem einen Einwanderungsstopp für Muslime fordert, hatte die Zahl ihrer Mandate von neun auf 24 erhöhen können. Der Christdemokratische Appell (CDA) unter dem noch amtierenden Ministerpräsidenten Jan Peter Balkenende war von 41 auf 21 Mandate abgestürzt. Balkenende trat als Parteichef zurück.

Eine Koalition von Rechtsliberalen und Christdemokraten mit Wilders hätte im Parlament nur eine Mehrheit von einer Stimme. Auch deshalb gilt es bislang als wenig wahrscheinlich, dass es tatsächlich zu einer reinen Rechts-Regierung kommt. (dpa)

Japan

Erster Rücktritt drei Tage nach Amtsantritt

Nur drei Tage nach dem Amtsantritt des japanischen Regierungschefs Naoto Kan ist einer seiner Minister zurückgetreten. Der für das Banken- und Finanzwesen zuständige Shizuka Kamei kündigte Kan am Freitag die Gefolgschaft. Er protestierte damit dagegen, dass entgegen einer Koalitionsvereinbarung eine Gesetzesvorlage zur Postreform doch nicht mehr vor den Oberhauswahlen im Juli verabschiedet werden soll. Kamei, der auch Chef des kleinen Koalitionspartners Neue Volkspartei ist, will die Privatisierung der Post per Gesetz wieder rückgängig machen.

Beobachter erwarten jedoch nicht, dass der Rücktritt des eigenwillig-knorrig Kamei der neuen Regierung von Ministerpräsident Kan allzu grossen Schaden zufügen wird. Kameis Neue Volkspartei hat bereits deutlich gemacht, die Koalition mit Kans DPJ fortsetzen zu wollen. Als Nachfolger für Kamei als Minister für das Finanzwesen wurde dessen Partei-Generalsekretär Shozaburo Jimi bestimmt. Die Neue Volkspartei will mit Kans DPJ auch bei der Oberhauswahl kooperieren. Die DPJ ist seit Kans Amtsantritt wieder aus ihrem Umfrage-tief herausgekommen. (dpa)

Berichtigung

PVV statt VVD

In der Zeitung von gestern hat sich ein Fehler eingeschlichen. Im «Nachgefragt» mit Professor Hanspeter Kriesi hiess es fälschlicherweise «VVD-Profil fast identisch mit SVP». Richtig sollte es heissen, dass das Profil von Geert Wilders rechtspopulistischer Partei PVV fast identisch sei mit demjenigen der SVP. (zl)

Äthiopien Almaz Böhm zur Tätigkeit der Stiftung «Menschen für Menschen»

«Sprachrohr für ein menschenwürdiges Leben»

Seit 29 Jahren ist «Menschen für Menschen» in Äthiopien tätig. Almaz Böhm hat die Leitung der Stiftung von ihrem Ehemann, dem Schauspieler Karlheinz Böhm, übernommen.

Interview Stefan Schneider

Almaz Böhm, 1981 wurde «Menschen für Menschen» gegründet. Wo steht die Stiftung heute, 30 Jahre später?

Wir haben vieles erreicht. Die Zahl der Menschen, die direkt von unserer Arbeit profitieren, ist von 3500 Menschen im Jahr 1981 auf heute 4 Millionen gewachsen. Unsere Arbeit zur Armutsreduktion ist vielfältiger geworden und geht mehr in die Tiefe: Heute gehört auch die Aufklärung über HIV/Aids und über schädliche Traditionen wie frühe Mädchenverheiratung und Mädchenbeschneidung dazu. Wir führen grosse Kampagnen zur Familienplanung durch, und, und, und...

Wo legen Sie die Schwerpunkte?

Bildung hat für uns die höchste Priorität. 40 Prozent der Kinder in Äthiopien haben keinen Zugang zur Schule. Die Landwirtschaft bildet die Basis für das äthiopische Volk, 80 Prozent der Bevölkerung lebt von ihr. Hier kämpfen wir für mehr Nahrungssicherheit, für eine richtige und optimale Nutzung der Naturressourcen sowie für eine optimale Nutzung der Wasserbestände. Unseren dritten Schwerpunkt legen wir bei der Frauenförderung. Frauen sollen sich politisch, wirtschaftlich und in der Dorfentwicklung mehr einbringen können.

Wie viel Spendengelder erhält Ihre Stiftung im Jahr?

In der Schweiz ca. 6 Millionen Franken, weltweit ca. 15 Millionen Euro.

Sie pendeln regelmässig zwischen dem «reichen» Europa und dem «armen» Afrika. Wie erleben Sie diesen Kontrast?

Ja, es ist ein Kontrast, aber nicht nur in einer Richtung. Nicht nur die Armut in Afrika, sondern auch der Luxus, der Glanz in Europa ist immer wieder ein Schock für mich. Vor drei Wochen war ich in zwei Gebieten in Äthiopien, wo wir 2011 neue Projekte beginnen werden. Dort habe ich Armut gesehen, die selbst für afrikanische Verhältnisse und für mich schockierend war. Da habe ich Menschen vor sich hinvegetieren sehen.



Die Äthiopierin Almaz Böhm kämpft seit Jahren für ihre Landsleute. (Mano Reichling)

Doch an den Orten, wo wir heute Projekte realisiert haben, war das zu Beginn auch so. Das gibt mir die Kraft, daran zu glauben, dass diese Menschen in zehn Jahren auch anders leben werden. Ich kann hier in Europa ein Sprachrohr sein für diese Menschen, dass sie ein menschenwürdiges Leben führen können.

Ihr Mann ist durch die «Sissi»-Filme bekannt geworden und hat seine Bekanntheit auch für die Stiftung genutzt. Sie kennt man weniger. Wie kompensieren Sie diesen geringeren Bekanntheitsgrad?

Mein Mann hat sich schon früh darüber Gedanken gemacht und präsentiert mich seit 15 Jahren in der Öffentlichkeit als seine Nachfolgerin. Mit 82 Jahren tritt er nun etwas kürzer. Unsere Stiftung leistet fachlich sehr kompetente Arbeit. Das sichert uns hohe Anerkennung in der Gesellschaft.

Sie arbeiten bewusst mit der Popularität von Aushängeschildern, wie etwa «Germanys Next Topmodel» Sara Nuru.

Ja. Prominente bieten eine gewisse Identifikation für die Menschen. Sara Nurus Eltern sind z. B. Äthiopier, das bietet beste Voraussetzungen für ihre Besuche im Land.

Worin unterscheidet sich «Menschen für Menschen» von andern Entwicklungs- und Hilfeorganisationen?

Wir arbeiten nur in Äthiopien. Wären wir auch in andern Ländern tätig, würde das den Menschen wenig bringen, weil wir die Umstände in anderen Ländern zu wenig kennen. Entwicklungsarbeit braucht Zeit, wir geben den Menschen diese Zeit für ihre eigene Entwicklung. Ganz wichtig für uns ist: Wir haben nicht ein einziges Projekt in Europa ent-

wickelt. Wir führen nur vor Ort genau auf lokale Bedürfnisse massgeschneiderte Projekte durch. Was im Norden Äthiopiens funktioniert, funktioniert vielleicht schon im Süden des Landes nicht mehr. Man darf nicht vergessen: Äthiopien ist 30-mal so gross wie die Schweiz.

Was machen Sie heute anders als vor 29 Jahren?

Einer der Stolpersteine bei der Entwicklung für Frauen sind schädliche Traditionen. Wir haben das Tabu der frühen Mädchenverheiratung und der Beschneidung in Äthiopien gebrochen. Mädchen wurden früher mit 10–12 Jahren verheiratet. Wir machen der Bevölkerung bewusst, dass kein Mädchen vor 18 Jahren verheiratet werden sollte.

Welche Fortschritte haben Sie bezüglich Beschneidung erzielt?

Bei der Kampagne gegen die Beschneidung setzen und setzen wir nicht auf Verbote, sondern auf Aufklärung der Bevölkerung. Heute schreiten Frauen in Äthiopien, die ihre Mädchen nicht beschneiden liessen, stolz mitten durch ihr Dorf. Ihre Mädchen streichen stolz heraus, sie hätten moderne Eltern – dies ist eine Revolution innert kurzer Zeit, die ich nicht für möglich gehalten hätte.

Sie engagieren sich seit vielen Jahren in Äthiopien, dennoch bleibt es eines der ärmsten Länder der Welt. Haben Sie nicht immer wieder mit Phasen der Frustration zu kämpfen?

Nein. Auch in Äthiopien ist eine wirtschaftliche Entwicklung zu spüren. Vieles ist besser geworden, Schritt für Schritt ist eine positive Entwicklung zu verzeichnen. Das Land ist so riesig, da ist die Armut nicht in kurzer Zeit zu beseitigen. Deshalb müssen wir weiterarbeiten. Mein Mann sagt immer: Auf der Erde gibt es nicht 6 Milliarden Menschen, sondern 6 Milliarden Mal einen Menschen.

«Menschen für Menschen»

1981 wettete Karlheinz Böhm in der ZDF-Sendung «Wetten, dass...?», dass «nicht jeder dritte Zuschauer eine Mark, einen Franken oder sieben Schilling für die notleidenden Menschen in der Sahelzone spendet». Böhm gewann die Wette und flog trotzdem nach Äthiopien. Im November 1981 gründete er in Deutschland die Hilfsorganisation «Menschen für Menschen». Die Gründung in der Schweiz erfolgte 1989. Heute betreibt die Stiftung in neun Regionen Äthio-

piens eine Vielzahl von langfristig angelegten Projekten. Das Projektgebiet umfasst 50 000 km², worin unter anderem 242 Schulen und 86 Gesundheitsstationen stehen. Bislang wurden 101 Millionen Baumsetzlinge zur Aufforstung gepflanzt, 1443 Wasserstellen eingerichtet, 12 Brücken und 355 Getreidemühlen gebaut. Im Rahmen des Frauenprogramms erhielten an die 15 000 Frauen Kleinkredite ausgezahlt. (sts)

www.menschenfuermenschen.ch, Tel. 043 499 10 60, Spenden auf Postkonto 90-700 000-4